

Die Grundbegriffe im Erbrecht

I. Erbfall

→ Tod einer natürl. Person (= Erblasser), § 1922 I BGB

II. Erbe

→ jede natürliche oder juristische Person

Erbfähigkeit: § 1923 BGB

III. Berufung zum Erben

→ kraft Gesetzes (= gesetzl. Erbfolge, §§ 1924 ff. BGB)

→ kraft Verfügung von Todes wegen (= gewillkürte Erbfolge, § 1937 BGB)

→ Fiskus als „Zwangserbe“ (§ 1936 BGB)

IV. Erbenstellung

→ Grundsatz der Universalsukzession, § 1922 BGB

→ fiktiver Eintritt in Besitzposition, § 857 BGB

→ „Von-selbst-Erwerb“, § 1942 BGB

→ Haftung für Schulden, § 1967 BGB

→ Erbengemeinschaft, §§ 2032 ff. BGB

Die gesetzliche Erbfolge

I. Grundsatz

gesetzliche Erben sind: Verwandte, Ehegatte, Lebenspartner

II. Erbrecht der Verwandten

1.Ordnung, § 1924 BGB

= Abkömmlinge (Kinder, Enkel, Urenkel ...)

→ Ordnung nach **Stämmen**

→ **Repräsentationsprinzip** innerhalb des Stammes

2.Ordnung, § 1925 BGB

= Eltern und deren Abkömmlinge

(Eltern, Geschwister, Neffen / Nichten ...)

→ Erbfolge nach **Linien**

3.Ordnung, § 1926 BGB

= Großeltern und deren Abkömmlinge
(Großeltern, Onkel / Tanten, Cousins /Cousinen ...)

→ Erbfolge nach **Linien**

4.Ordnung, § 1928 BGB

= Urgroßeltern und deren Abkömmlinge
(Urgroßeltern, Großonkel / Großtanten ...)

→ **ab fernerer Ordnungen Gradualsystem**

III. Erbrecht des Ehegatten (Fall 1)

1. Höhe, § 1931 BGB (vgl. Übersicht)

→ abhängig von Ordnung der miterbenden Verwandten

→ beachte: Voraus des Ehegatten 1932

2. Einfluss des Güterstandes

→ bei **Gütergemeinschaft**: keine Besonderheiten

→ bei **Gütertrennung**: § 1931 IV BGB

→ bei **Zugewinnem.**: § 1931 III iVm § 1371 I BGB

→ Wahlmöglichkeiten des Ehegatten:

→ bei völliger Enterbung

§ 1371 II BGB = kl. Pflichtteil + Zugewinnausgleich

h.M.: kein Wahlrecht

Arg: Gesetzeswortlaut ansonsten droht Rechtsunsicherheit: Gesetz enthält keine Angaben, wie lange das Wahlrecht ausgeübt werden könnte

→ bei Ausschlagung d. Erbschaft bzw. d.Vermächtnisses

§ 1371 III BGB ausnw.auch Pflichtteil trotz Ausschl.

§ 1371 III, II BGB = kl. Pflichtteil + Zug.ausgleich

(güterrechtliche Lösung)

3. Ausschluss des Erbrechts → § 1933

IV. Erbrecht des Lebenspartners

§ 10 I, II; III LPartG = § 1931 I, II, IV, 1933 BGB

Die gewillkürte Erbfolge im Überblick

I. Vorrang

→ gewillkürte Erbfolge geht der gesetzl.Erbfolge vor

II. Formen

- Ordentl. „einfaches“ Testament, §§ 2231, 2247 BGB
- gemeinschaftliches Testament, §§ 2265 ff. BGB
- Erbvertrag, §§ 2274 ff. BGB

III. allgemeine Wirksamkeitsvoraussetzungen (vgl. Übs)

IV. Inhalt → Problem der Auslegung (vgl. Übersicht)

V. Aufhebung

- Widerruf, §§ 2253 ff. BGB
- Anfechtung, §§ 2078 ff. BGB (vgl. Übersicht)
- Bes.heiten beim gemeins. Testament und ErbV

VI. Abgrenzung Erbschaft / Vermächtnis / Pflichtteil

VII. Wirkungen der Erbenstellung

- §§ 1922, 857 BGB
- Erbschaftsanspruch, §§ 2018 ff. BGB
 - Vorerbschaft / Nacherbschaft (Abgr.zur Ersatzerb)
- Grundzüge der Miterbengemeinschaft, §§ 2032 ff.

Allgemeine Wirksamkeitsvoraussetzungen

I. Testierfähigkeit, § 2229 BGB

1. Minderjähriger

- unter 16 Jahren: testierunfähig
- 16 – 18 Jahre: nur öff. Test., §§ 2229 II, 2232, 2247 IV BGB

Sonderfall: Erbvertrag, § 2275 I BGB

2. Testierunfähigkeit, § 2229 IV BGB

- Abgrenzung zu § 1903 II BGB !

II. Höchstpersönlichkeit, §§ 2064, 2065 BGB

§ 2064 BGB = keine Botenschaft und Stellvertretung

§ 2065 BGB = keine Inhaltsbestimmung durch Dritte

(P) Möglichkeit der Mitwirkung Dritter?

RG: keine Willkür → Ermessen

BGH: nur Bezeichnung durch Dritte möglich, wenn sachl. Kriterien vorgegeben sind und dem Dritten kein Ermessen eingeräumt wird

Sonderfall: Vermächtnis, §§ 2151, 2152 BGB

III. Testierwille (P) „Brieffestament“

IV. Sittenwidrigkeit des Geliebten-Testaments

IV. Form

Eigenhändig ge- und unterschr. Testament, § 2247 I

- * Identitäts- bzw. Beweisfunktion
- * Ernstlichkeit
- * Abschlussfunktion

(P) „Postskripta“ (= Vfg. Unterhalb/neben Unterschrift)

Grundsatz: Änderungen / Ergänzungen müssen erneut unterschrieben werden

Ausnahme: keine erneute Unterschrift, wenn

BGH: vom Willen gedeckt und räumliches Erscheinungsbild nicht entgegensteht

Lit.: wegen Abschlussfunktion nur Erläuterungen zul.

(P) Unterschrift auf Umschlag

auf verschlossenem Umschlag (+),

wenn sie keine eigen-ständige Bedeutung hat, sondern nur Briefinhalt fortsetzt

auf unverschlossenem Umschlag (-),

da kein Schutz gegen Vertauschen

Die Auslegung von Testamenten (Fall 2,4)

I. Die Auslegung nach § 133 BGB

→ Erläuternde Auslegung

Klärung, was der Erblasser mit Erklärung zum Ausdruck bringen wollte. Anknüpfungspunkt ist Wortlaut der Vfg.

→ Ergänzende Auslegung

Anwdb. bei Lücken im Test., Bsp. Politische Veränd.

nach BGH Auslegung in zweistufiger Prüfung („Andeutungstheorie“)

1. Schritt: Ermittlung des tatsächlichen Erblasserwillens
 - Ausgangspunkt: Wortlaut der Erklärung
 - Ergänzung durch Umstände außerh.d. Erkl.
2. Schritt: Hat Wille Andeutung im Testament gefunden?

für BGH spricht:

- * Rechtssicherheit
- * Formvorschriften (Beweissicherung)
 - keine hohen Anforderungen (Anhaltspkte genügen)

gegen BGH spricht:

- * BGH überbewertet Zufallsandeutungen
- * Beweissicherung ist wegen § 2078 BGB gering
 - (nur Verlagerung vom Auslegungs- in Anf.prozess)

II. Die gesetzlichen Auslegungsregeln

Merke: subsidiär gegenüber I. !

- * wohlwollende Auslegung, § 2084 BGB
- * weitere wichtige Auslegungsregeln:
 - §§ 2066 – 2077 BGB, § 2087 BGB, § 2097 BGB

Der Erbschein, §§ 2353 ff. BGB

I. Begriff

vom Nachlassgericht ausgestelltes Zeugnis, das die Person des Erben sowie Inhalt und Umfang des Erbrechts ausgibt und als Legitimation gilt

II. Antragsverfahren, §§ 2353 ff. BGB

- erford. Angaben und Nachweise, §§ 2354 – 2356 BGB
- Ermittlungen des Nachlassgerichts, § 2358 BGB
- Erteilung des Erbscheins nur, wenn Nachlassger. die erford. Tatsachen als festgestellt erachtet, § 2359 BGB

III. Zuständig: AG des letzten Wohnsitzes §§ 72,73 FGG

VI. Öffentlicher Glaube und gutgläubiger Erwerb

1. Öffentlicher Glaube, § 2365 BGB

Vermutung der Richtigkeit des Erbscheins

Merke: bei mehreren sich widersprech. Erbscheinen → Entfallen des öffentlichen Glaubens in diesem Umfang

2. Gutgläubensschutz, §§ 2366, 2367 BGB

Beachte: Bösgläubigkeit nur bei positiver Kenntnis

Erbschein ersetzt ggü. Gutgläubigem fehlendes Erbrecht!!!! Damit steht § 2366 neben §§ 932f. oder § 892 BGB. Über den Erbschein wird der Erwerber immer nur so gestellt, als würde er vom wahren Erben erwerben, nicht etwa vom Eigentümer (hierfür braucht man ggf. zusätzlich §§ 932f. oder § 892 BGB).

Im MobiliarsachenR überwindet § 2366 denjenigen § 935, der aus § 857 resultiert!

3. Problemfälle

Fall 1: Scheinerbe veräußert bewegliche Sache an X, die dem Erblasser gehört hatte.

→ § 929 S.1 BGB (-), da SE nichtberechtigt

→ §§ 929 S.1, 932 BGB (-) wegen Abhandenkommen für wahren Erben nach §§ 857, 935 BGB (wahre Erbe erbt unmittelbaren Besitz)

→ §§ 929 S.1, 2366 BGB (+)

Fall 2: Scheinerbe veräußert bewegl.Sache an X, die Erblasser selber nur geliehen hatte

→ § 929 S.1 BGB (-), da SE nichtberechtigt

→ §§ 929 S.1, 932 BGB (-) wegen Abhandenkommen für wahren Erben nach §§ 857, 935 BGB (wahre Erbe erbt unmittelbaren Besitz)

→ §§ 929 S.1, 932, 2366 BGB (+)

Fall 3: Scheinerbe veräußert bewegl.Sache an X, die der Erblasser bei Y gestohlen hatte

→ § 929 S.1 BGB (-), da SE nichtberechtigt

→ §§ 929 S.1, 932 BGB (-) wegen Abhandenkommen

(genau genommen greift für wahren Erben §§ 857, 935 BGB nicht, da hierbei weder der Eigentümer noch sein mittelb. Besitzer den unmittelbaren Besitz ohne seinen Willen verliert, was § 935 voraussetzt.)

→ §§ 929 S.1, 932, 2366 BGB (-), da ggü. Y schon durch den Erblasser § 935 BGB vorlag und dieser nicht durch § 2366 BGB überwunden wird (X hätte auch nicht vom Erbl. o. wahren Erben erw. können)

Zur Konstellation im ImmobiliarsachenR siehe ErbR Fall 4!

Beachte für Verhältnis Erbe → Erbschaftsbesitzer §§ 2018f.

Parallelvorschriften zum EBV (insb. §§2020, 2025 S.2)

→ daneben EBV nur modifiziert anwendbar, § 2029

Der Testamentvollstrecker, §§ 2197 ff. BGB

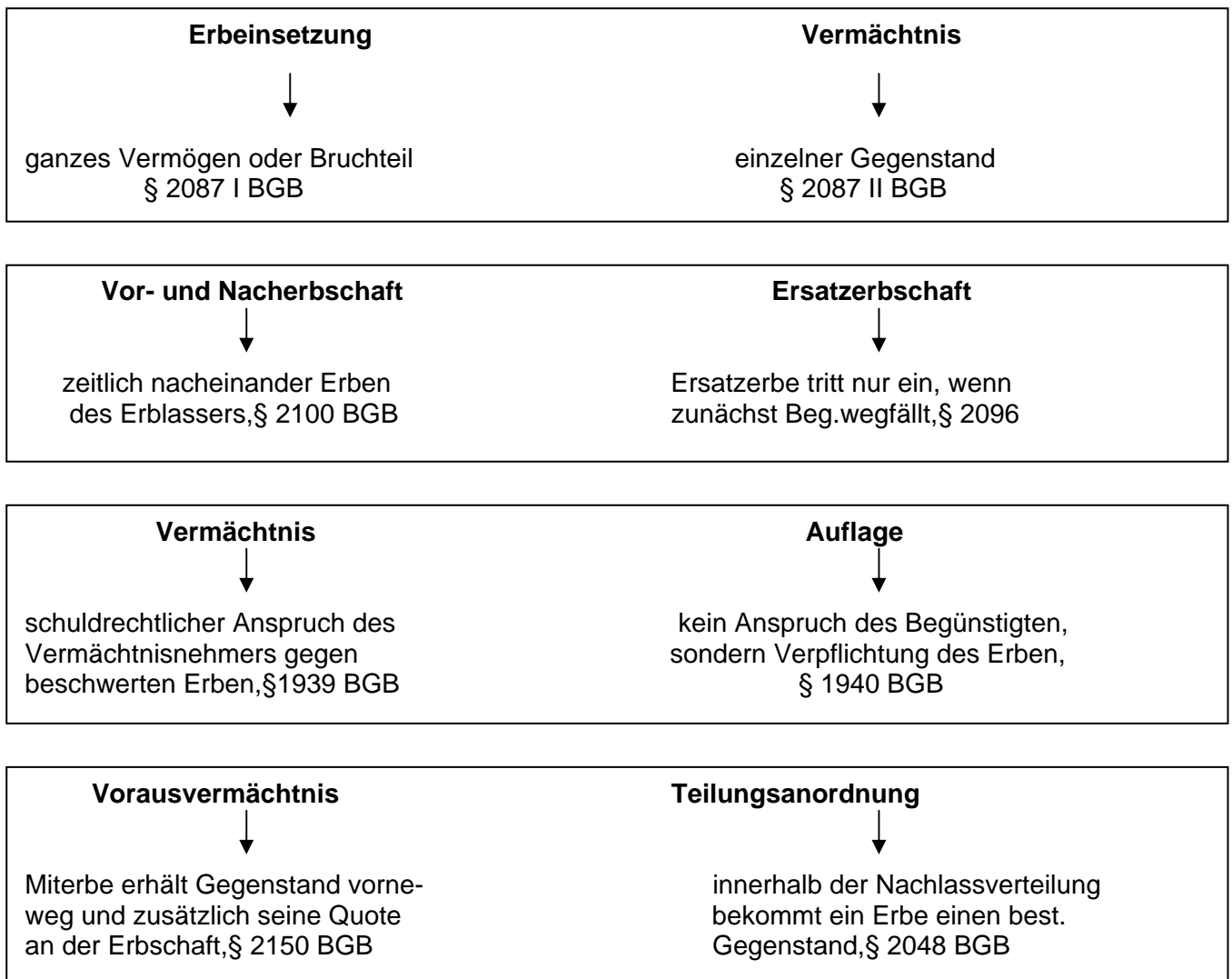
I. **Verfügungsberechtigung § 2205 S. 2 BGB**

II. **Verpflichtungsermächtigung § 2206 BGB**

III. **Verfügungsbeschränkung der Erben gem. § 2211 BGB**

Die Verfügung von Erben sind somit unwirksam. Jedoch ist ein gutgläubiger Erwerb gem. § 2211 II BGB mögl., wenn der Dritte glaubte, dass der Gegenstand nicht zum Nachlass gehört oder der Verwaltung des Testamentvollstrecker nicht unterliegt. Nicht Geschützt ist jedoch der gute Glaube an die Verfügungsbefugnis des Testamentvollstreckers, wenn diese nicht besteht!!!!

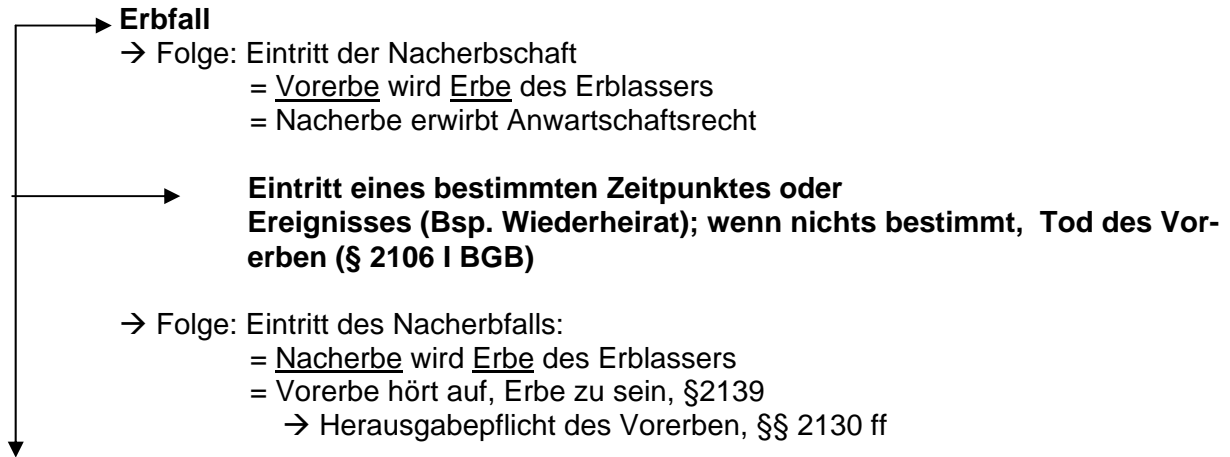
Besondere Anordnungen - Überblick



Vor- und Nacherbschaft, §§ 2100 ff. BGB

I. Einordnung

→ Vor- u. Nacherbe sind Rechtsnachfolger des Erblassers



II. Stellung des Vorerben

Grundsatz: Verfügungsrecht über die Erbschaft, § 2112

aber Beschränkungen: → **insb. § 2113 BGB beachten**:

- * Möglichkeit der Befreiung, § 2136 BGB
- * gutgl. Erwerbs mögl, § 2113 III i.V.m. §§ 932, 892 BGB

III. Abgrenzung Nacherbe / Ersatzerbe

vgl. § 2102 II BGB im Zweifel Einsetzung als Ersatzerbe

Vermächtnis und Auflage

I. Vermächtnis, §§ 1939, 2147 ff. BGB

1. Begriff (nicht Erbeinsetzung)

→ schuldrechtlicher Anspruch des Vermächtnisnehmers gegen den Erben, § 2174 BGB

2. Abgrenzung

- zur Erbschaft: keine Erbenstellung
- zur Auflage: eigener Anspruch des Begünstigten
 - zur Teilungsanordnung: nur unter Miterben (beachte aber § 2150 BGB)
 - zur Schenkung auf den Todesfall: noch keine rechtliche Bindung zu Lebzeiten

3. Inhalt

- besondere Arten: Bsp. Wahl- o. Gattungsvermächtnis
- Bedachter: lebende, natürliche oder juristische Person
- Beschwerter: im Zweifel der Erbe, § 2147 S.2 BGB

II. Auflage, §§ 1940, 2192 ff. BGB

- Anordnung des Erblassers, durch die der Beschwerte zur Leistung verpflichtet wird (Bsp. Grabpflege)
- kein durchsetzbarer Anspruch des Begünstigten, aber § 2194

Testamentsvollstreckung, §§ 2197 ff. BGB

I. Begriff

II. Rechtsposition des Testamentsvollstreckers

- h.M. Partei kraft Amtes (Träger eines privaten Amtes)
- Verfügungsbefugnis nach Maßgabe der § 2205 S.2, 3
- Verpflichtungsbefugnis (§§ 164 ff. BGB analog) im Rahmen seiner Aufgaben- und Verwaltungsbefugnisse

II. Rechtsposition des Erben

- keine Verfügungsbefugnis über Gegenstände, die der TV unterliegen, § 2211 I BGB
- Möglichkeit des gutgläubigen Erwerbs, § 2211 II BGB

Die Anfechtung, §§ 2078 ff. BGB

I. Allgemein → Anf.regeln gehen §§ 119 ff. BGB vor

II. Anfechtungsberechtigung, § 2080 I BGB

- jeder, dem die Aufhebung **unmittelbar** zugute kommt

III. Anfechtungsgegner, § 2081 I BGB

- der zunächst Bevorteilte, aber i.d.R. Abgabe gegenüber Nachlassgericht

IV. Anfechtungsgrund

- § 2078 I BGB: Inhalts- und Erklärungsirrtum
- § 2078 II BGB: Motivirrtum und Drohung
- § 2079 BGB: Übergehung eines PflichtTeilsber.

V. Anfechtungsfrist, § 2082 BGB

- 1 Jahr ab Kenntniserlangung

VI. Unterschiede zw. §§ 119 ff. BGB und §§ 2078 ff. BGB

§§ 119 ff. BGB ↓		§§ 2078 ff. BGB ↓
objektiver Maßstab entscheidend	↔	Subj. Auffassung des Erblassers maßgebend
Irrtum im Beweggrund § 119 II BGB	↔	Irrtum im Beweggrund §§ 2078 II, 2079 BGB = weitreichender als § 119 II
Ersatz des Vertrauensschadens § 122 BGB	↔	kein Ersatz des Vertrauensschadens, § 2078 III BGB
Anfechtungsberechtigter = Erklärender	↔	Anfechtungsberechtigter ist nicht Erblasser
Anfechtungsgegner = Vertragspartner § 143 I, II BGB	↔	Anfechtungsgegner = i.d.R. Nachlassgericht § 2081 BGB
Anfechtungsfrist grds. unverzüglich, § 121 Ausnahme: 1 Jahr, § 124 I	↔	Anfechtungsfrist 1 Jahr, § 2082 I BGB

Das gemeinschaftliche Testament, §§ 2265 ff. BGB

I. Einordnung

II. Errichtung

1. zur Errichtung berechnigte Personen

- Ehegatten, § 2265 BGB
- Lebenspartner, § 10 IV 1 LPartG

Merke: nicht durch Verlobte
(ggf. Umdeutung in Einzeltestamente)

2. Formerleichterung für gemeinschaftliches eigenhändiges Testament, § 2267 BGB

3. Errichtungszusammenhang

(P) Errichtung auf gesonderten Blättern

RG: objektive Auffassung (äußerlich)

a.A.: subjektive Auffassung

BGH: vermittelnde Auffassung

= Ausgangspunkt ist Wille der Ehegatten, gemeinsam zu verfügen; Wille muss aber aus der Testamentsurkunde deutlich erkennbar hervorgehen

III. Inhalt

→ grds. wie beim Einzeltestament

aber Unterschied bei der Widerrufbarkeit

* **einseitige Verfügung** (→ frei widerrufbar)

* **wechselbezügliche Verfügung, § 2270 BGB**

zu Lebzeiten des Erblassers	Nach dem Tod des Ehegatten
durch notariell beurkundete Erklärung ggü. dem Ehegatten frei widerrufbar	Erlöschen des WiderrufsR § 2271 II 1, 1.HS BGB aber: Aufhebung durch Ausschlagung möglich § 2271 II 1, 2.HS BGB
§§ 2271 I, 2296 BGB	Anfechtungsrecht (h.M.) § 2281 i.V.m. §§ 2078, 2079 BGB analog <u>Folge:</u> i.d.R. Unwirksamkeit der korrespondierenden Vfg

Beachte: §§ 2287, 2288, 2289 I 2 gelten ab Bindungswirkung analog (teilw. wird vertreten auch schon davor)!!!!

IV. Die Auslegungsregel des § 2269 BGB (Berliner T.)

(1) Trennungslösung

= Überlebender wird Vorerbe

= Dritter wird (als Ersatzerbe) Vollerbe des Längerlebenden und Nacherbe des Vorverstorbenen

→ Trennung der Vermögensmassen beim Längerlebenden : Es sind zwei Vermögensmasse zu unterscheiden. Das des Erstverstorbenen (mit Beschränkungen, insb. nach § 2113 BGB) und das Vermögen des Längerlebenden ohne Beschränkungen)

(2) Einheitslösung

= Überlebender wird Vollerbe

= Dritter wird Vollerbe des Nachlasses des Längerlebenden

→ Verschmelzung der Vermögensmassen

→ gesetzliche Vermutung: im Zweifel Einheitslösung

In beiden Fällen gelten §§ 2287, 2288, 2289 I 2 gelten ab Bindungswirkung analog

V. Zusammenstellung der rechtlichen Besonderheiten → Fall 6

- Formerleichterungen, §§ 2266, 2267 BGB
- Auslegungsregel des § 2269 BGB
- Bind.wirk. wechselbzgl.Vfg., §§ 2270, 2271 BGB
- nur gemeinsame Rücknahme aus der amtlichen Verwahrung, § 2272 BGB
- Bes.heiten bei der Testamentseröffnung, § 2273 BGB

Der Erbvertrag, §§ 2274 ff. BGB

I. Einordnung

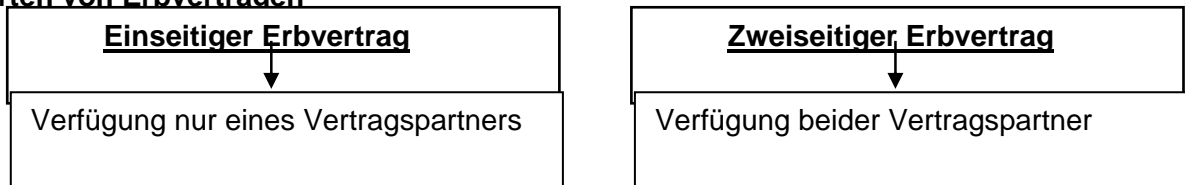
- vertragliche Verfügung von Todes wegen
(Doppelnatur: Vertrag u. Vfg. von Todes wegen)
- Zweck: weitergehende Bindung als beim Test.

II. Voraussetzungen

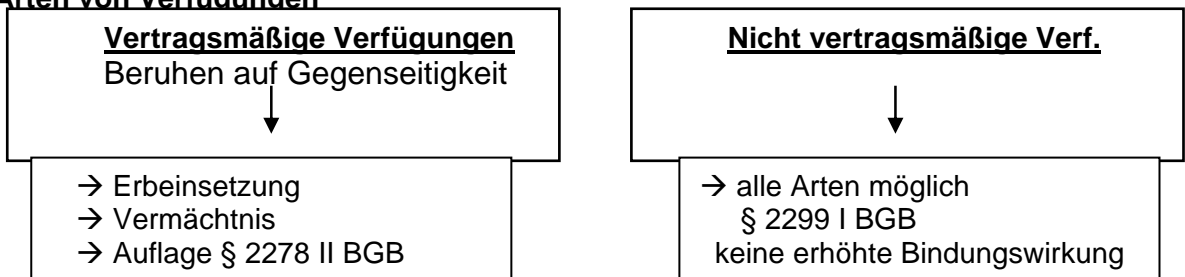
- Höchstpersönlichkeit beim Erblasser, § 2274 BGB
Merke: Vertretung beim Vertragspartner möglich, wenn dieser nicht von Todes wegen verfügt
- Geschäftsfähigkeit, § 2275 I BGB
- notarielle Form bei gleichzeitiger Anw.heit, § 2276 I
Ausnahme: Erbvertrag + Ehevertrag zw. Ehegatten oder Verlobten = § 2276 II i.V.m. § 1410

III. Inhalt

1. Arten von Erbverträgen



2. Arten von Verfügungen



IV. Bindungswirkung

- **Grundsatz:** Unwirksamkeit widersprechender Verfügungen, § 2289 I BGB
- aber grds. uneingeschränktes Verfügungsrecht unter Lebenden, § 2286 BGB (Schranken: §§ 2287, 2288 BGB)
- Lösungsmöglichkeiten vom Erbvertrag:
 - (1) Aufhebung, §§ 2290 – 2292 BGB
 - (2) Rücktritt, §§ 2293 – 2297 BGB
 - (3) Abänderungsvorbehalt

- (4) Anfechtung durch
- (a) Erblasser, §§ 2281 – 2284 BGB
 - (b) Dritten, §§ 2078, 2079 BGB (beachte: § 2285)

Beachte: § 2301 I BGB: auf Schenkungsversprechen von Todes wegen finden die Vorschriften über den ErbV Anwendung (insb. notarielle Form). Bei Vollzug zu Lebzeiten finden gem. § 2301 II BGB die Vorschriften über Schenkungen unter Lebenden Anwendung, insb. Heilungsmöglichkeit nach § 518 II BGB. Dafür ist jedoch erforderlich, dass zu Lebzeiten bereits alles erforderliche getan wurde. Nach BGH ist jedoch bei einem Vertrag zu Gunsten Dritter § 331 BGB Spezialvorschrift, so dass keine Form erforderlich ist.

Die Annahme und Ausschlagung der Erbschaft

I. Annahme der Erbschaft

→ Erbschaft geht kraft G. auf Erben über, §§ 1922, 1942

Merke: keine Annahmeerklärung erforderlich
aber Annahme kann erklärt werden
→ Folge: § 1943 BGB keine Ausschlagung möglich

II. Ausschlagung der Erbschaft

- 1. Ausschlagungsfrist, § 1944 BGB**
binnen 6 Wochen ab Kenntnis vom Anfall der Erbschaft
- 2. Form der Ausschlagung, § 1945 BGB**
Erklärung ggü. dem Nachlassgericht
- 3. Wirkung der Ausschlagung, § 1953 BGB**
Anfall der Erbschaft gilt als von Anfang an nicht erfolgt, § 1953 I BGB
Anfall der Erbschaft an Nächstberufenen, § 1953 II

III. Anfechtung der Annahme oder Ausschlagung

- 1. Anfechtungsfrist, § 1954 BGB**
binnen 6 Wochen ab Kenntnis des Anfechtungsgrundes / Wegfall der Zwangslage
- 2. Form der Anfechtung, § 1955 BGB**
Verweis auf § 1945 (Form bei der Ausschlagung)
- 3. Anfechtungsgrund**
§§ 119 ff. BGB anwendbar
→ insb. § 119 II BGB Überschuldung des Nachlasses
- 4. Wirkung der Anfechtung, § 1957 I BGB**
→ Anfechtung der Annahme wirkt als Ausschlagung
→ Anfechtung der Ausschlagung wirkt als Annahme

Die Erbengemeinschaft, §§ 2032 ff. BGB

I. Begriff

Erbschaft steht allen **gemeinschaftlich zu Gesamthandsgemeinschaft** ohne eig. Rechtspersönlichkeit = keine Rechtsfähigkeit (h.M.) Folge: § 2033 II BGB

II. Vfg. eines Miterben über seinen Anteil, § 2033 I BGB

beachte: * besondere Form erforderlich, § 2033 I 2 BGB
* VorkaufsR der übrigen Miterben, § 2034 BGB

III. Verwaltung des ungeteilten Nachlasses

1. **Verwaltungsrecht / Vertretungsmacht**
 - ordnungsgemäße Verwaltung: §§ 2038 II, 745 BGB
= Mehrheitsbeschluss
 - außerhalb der ordn.gem. Verwaltung: § 2038 I 1
= alle gemeinsam
 - Notmaßnahmen: § 2038 I 2 2.HS BGB
= jeder Miterbe allein
2. **Verfügung über Nachlassgegenstände, § 2040 BGB**
3. **Geltendmachung von Nachlassforderungen, § 2039**

IV. Auseinandersetzung

Ziel einer Erbengemeinschaft ist die Auseinandersetzung = Abwicklung aller Rechtsbeziehungen im Innen- und Außenverh., insb. Verteilung des Nachlasses → §§ 2042 ff.

Der Pflichtteil, §§ 2303 ff. BGB

I. Pflichtteilsanspruch

1. **Berechtigte, § 2303 I, II BGB**
 - Abkömmlinge, Ehegatte, Eltern
sofern sie durch Verfügung von Todes wegen von der gesetzlichen Erbfolge ausgeschlossen sind
 - Merke: grds. kein Pflichtteil bei Ausschlagung
2. **Höhe, § 2303 I 2 BGB**
 - Hälfte des gesetzlichen Erbteils am schuldfreien Nachlass (§ 2311 BGB)
3. **Verjährung, § 2332 I BGB** → 3 Jahre ab Kenntnis
4. **Entziehung, §§ 2333, 2335 BGB**

II. Besonderheit bei der Zugewinnngemeinschaft

→ gesetzliches Ehegattenerbrecht bei Zugewinnngemeinschaft §§ 1931, 1371 I BGB = Erbquote + $\frac{1}{4}$ pauschaler Zugew.-ausgl. (**erbrechtliche Lösung**) → unterscheide:
* kleiner Pflichtteil = Hälfte des nicht nach § 1371 I BGB erhöhten Erbteils
* großer Pflichtteil = Hälfte des nach § 1371 I BGB erhöhten Erbteils